

Hospiz- und PalliativVerband

1. Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung und gibt es hierzu Aussagen im Parteiprogramm?

Wir sind der Überzeugung, dass eine umfassende Hospiz- und Palliativversorgung für schwerstkranke Menschen und ihre Familien von zentraler Bedeutung ist. Menschen in ihrer letzten Lebensphase sollen die Möglichkeit haben, in einer vertrauten Umgebung zu sein und eine angemessene Schmerztherapie sowie psychosoziale Unterstützung zu erhalten. Die Förderung von Hospizen und palliativen Einrichtungen sowie die Unterstützung ehrenamtlicher Hospizdienste sind daher wichtige Anliegen für uns.

2. Hat Ihre Partei konkrete Pläne zur Unterstützung und Weiterentwicklung der hessischen Hospiz - und Palliativarbeit?

Wir setzen uns seit jeher für eine auskömmliche Finanzierung des Gesundheitssektors ein - besonders im Bereich der Investitionskosten. Des Weiteren setzen wir uns für eine verbesserte Aus- und Weiterbildung im Bereich der Palliativmedizin ein. Wir möchten sicherstellen, dass Ärzte, Pflegekräfte und andere Gesundheitsfachkräfte über das nötige Fachwissen und die Fertigkeiten verfügen, um eine umfassende palliative Versorgung gewährleisten zu können. Dafür wollen wir entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote ausbauen und unterstützen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Pläne ist die Verbesserung der Vernetzung und Koordination der verschiedenen Akteure im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung. Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, ambulanten Pflegediensten, Hausärzten, Hospizen und anderen Einrichtungen weiter stärken, um eine nahtlose und ganzheitliche Betreuung der Betroffenen zu gewährleisten. Die konkreten Maßnahmen zur Unterstützung und Weiterentwicklung der hessischen Hospiz- und Palliativarbeit werden im Rahmen unserer politischen Arbeit weiter ausgearbeitet und diskutiert. Unser Ziel ist es, eine menschenwürdige und qualitätsorientierte Versorgung am Ende des Lebens sicherzustellen und die Bedürfnisse der Betroffenen bestmöglich zu berücksichtigen.

3. Welche Position vertritt Ihre Partei zur sog. „Sterbehilfe“, bzw. zur geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung nach §217 StGB? Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, im Sinne einer Suizidprävention?

Wir sehen das Recht auf Selbstbestimmung und die individuelle Entscheidungsfreiheit als wichtige Grundprinzipien an. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, über sein eigenes Leben und das Ende dieses Lebens selbstbestimmt zu entscheiden. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen in einer schweren und unheilbaren Situation die Möglichkeit haben, selbstbestimmt über einen assistierten Suizid zu entscheiden, wenn

sie dies wünschen. Dabei ist es uns wichtig, dass strenge Schutzmaßnahmen und klare Kriterien eingehalten werden, um Missbrauch zu verhindern und die Freiwilligkeit der Entscheidung sicherzustellen. Es ist uns ein Anliegen, dass dies unter ärztlicher Aufsicht und mit einer umfassenden Beratung erfolgt.

Gleichzeitig legen wir großen Wert auf die Förderung von Suizidprävention und unterstützen Maßnahmen, die dazu beitragen, dass Menschen in Krisensituationen Hilfe und Unterstützung erhalten. Wir möchten die Aufklärung über seelische Gesundheit und den Umgang mit Krisen stärken, um frühzeitig Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören beispielsweise die Stärkung der psychosozialen Beratungsstellen, die Förderung der seelischen Gesundheit in Schulen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema Suizidprävention.

Uns ist bewusst, dass die Thematik der "Sterbehilfe" und Suizidprävention komplex und sensibel ist. Daher sind wir offen für den Dialog und den Austausch mit allen relevanten Akteuren, um tragfähige Lösungen zu finden, die den individuellen Wünschen und Bedürfnissen gerecht werden und gleichzeitig den Schutz der Betroffenen gewährleisten. Es ist uns wichtig, sowohl das Recht auf Selbstbestimmung als auch den Schutz und die Unterstützung von Menschen in Krisensituationen in Einklang zu bringen.

4. Welche Strategien und konkreten Pläne verfolgt Ihre Partei, um allen Menschen, so z. B. auch hochbetagten, behinderten Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund, ein gutes Lebensende und Sterben in Würde zu ermöglichen?

Wir setzen uns für eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Hospizen und Palliativangeboten ein. Dazu gehört die Stärkung von stationären Hospizen, ambulanten Palliativdiensten und der palliativen Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Wir möchten sicherstellen, dass hochwertige palliative Betreuung und Schmerztherapie für jeden Menschen zugänglich ist. Wir unterstützen Maßnahmen, die Menschen über ihre Rechte und Möglichkeiten am Lebensende aufklären und ihnen umfassende Informationen zur Verfügung stellen. Hierzu gehören beispielsweise Informationskampagnen, die Sensibilisierung von Ärzten und Pflegekräften für die Bedürfnisse von schwerkranken und sterbenden Menschen sowie die Förderung von Beratungsstellen, die Unterstützung bei Fragen zur Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und rechtlichen Aspekten des Lebensendes bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen das Recht haben, über medizinische Maßnahmen am Lebensende selbst zu entscheiden. Dazu gehört die Stärkung der Patientenverfügung und die Gewährleistung, dass sie rechtsverbindlich umgesetzt wird. Wir möchten Menschen ermutigen, frühzeitig über ihre Vorstellungen und Wünsche bezüglich medizinischer Behandlungen und lebenserhaltender Maßnahmen zu sprechen und diese schriftlich festzuhalten. Wir erkennen die Vielfalt unserer Gesellschaft an und setzen uns dafür ein, dass Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund und sprachlichen Barrieren Zugang zu Informationen und Unterstützung am Lebensende

haben. Dies umfasst die Förderung von Dolmetscherdiensten, kultursensiblen Beratungsangeboten und die Sensibilisierung von Fachkräften im Gesundheitswesen für die Bedürfnisse und Werte verschiedener Kulturen.

5. Wie wird Ihre Partei die sektoren- und ressortübergreifende Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen gestalten?

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren wie Kinderärzten, Kinderkliniken, Pflegeeinrichtungen, ambulanten Palliativdiensten, Hospizen, psychosozialen Diensten und anderen beteiligten Institutionen und Fachkräften stärken. Durch den Aufbau von sektorenübergreifenden Netzwerken und die Förderung der Kooperation können wir sicherstellen, dass die Betreuung nahtlos und umfassend erfolgt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Betreuung auf die individuellen Bedürfnisse der betroffenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmt wird. Dazu gehört die Gewährleistung einer bedarfsgerechten medizinischen, pflegerischen, psychosozialen und palliativen Versorgung. Wir möchten sicherstellen, dass die betroffenen Familien Zugang zu hochwertigen Leistungen und Unterstützung haben, unabhängig von ihrem Wohnort. Wir erkennen die Bedeutung von Forschung und Weiterbildung im Bereich der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen an. Wir möchten die Forschung in diesem Bereich unterstützen, um die medizinischen und palliativen Versorgungsmöglichkeiten kontinuierlich zu verbessern. Zudem setzen wir uns für die Weiterbildung von Fachkräften ein, um sicherzustellen, dass sie über das nötige Wissen und die Kompetenzen verfügen, um eine qualitativ hochwertige Betreuung zu gewährleisten.

6. Der Kreis derer, die einer hospizlich-palliativen Sorge bedürfen, steigt stetig. Dem stehen eine Ressourcenknappheit und ein Fachkräftemangel gegenüber. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um diese Diskrepanz zu entschärfen und den Fachkräftemangel zu beheben?

Ein wichtiger Ansatz ist der Ausbau der Aus- und Weiterbildung im Bereich der hospizlich-palliativen Sorge. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Ausbildungsplätze für Pflegekräfte, Ärzte und andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen geschaffen werden. Durch die Schaffung von mehr Ausbildungsmöglichkeiten können wir sicherstellen, dass genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, die Attraktivität des Berufsfeldes der hospizlich-palliativen Sorge zu steigern. Dies kann durch eine angemessene Vergütung und gute Arbeitsbedingungen erreicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Pflegekräfte und andere Fachkräfte in diesem Bereich fair entlohnt werden und eine gute Work-Life-Balance haben.

Zusätzlich möchten wir die Weiterbildungsmöglichkeiten für bereits tätige Fachkräfte verbessern. Durch gezielte Weiterbildungsangebote können diese ihre Kompetenzen im Bereich der palliativen Versorgung weiter ausbauen und auf dem neuesten Stand halten.

Ein weiterer Ansatz besteht darin, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken. Wir möchten den Austausch und die Kooperation zwischen verschiedenen Fachdisziplinen fördern, um eine ganzheitliche Betreuung und Versorgung der Patienten sicherzustellen. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Pflegekräften, Therapeuten und anderen Berufsgruppen können die Ressourcen effizient genutzt werden.

Darüber hinaus unterstützen wir innovative Konzepte und Technologien, die die Versorgung von Patienten erleichtern können. Hierzu gehören beispielsweise telemedizinische Lösungen, die es ermöglichen, auch über größere Distanzen hinweg eine qualitativ hochwertige Betreuung anzubieten.

7. Hat Ihre Partei Pläne, die ambulanten und stationären hospizlichen und palliativen Versorgungsstrukturen (Hospizdienste, AAPV, SAPV sowie Palliativstationen und -teams) in Hessen auszubauen? Stichwort Stadt / Landgefälle. Wenn ja, welche Pläne sind das?

Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen den ambulanten und stationären Versorgungseinrichtungen stärken. Hierbei spielen Palliativstationen und -teams eine wichtige Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Einrichtungen ausgebaut und besser vernetzt werden, um eine nahtlose Versorgungskette zu gewährleisten.

8. Die Landesregierung hat zum 1.1.23 das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege gegründet. Wo sind ihrer Meinung nach Schnittpunkte zu den Themen Tod und Sterben bzw. Trauer? Inwieweit ist Ihre Partei, im Sinne des „Health in all Policies Ansatzes“, motiviert, zukünftig bei politischen Entscheidungen diesen Ansatz zu anzuwenden?

Wir möchten sicherstellen, dass das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege über die erforderlichen Ressourcen verfügt, um den "Health in all Policies"-Ansatz umzusetzen. Zudem unterstützen wir Maßnahmen zur Sensibilisierung und Schulung von Entscheidungsträgern, um ein tieferes Verständnis für die Bedeutung der Themen Tod, Sterben und Trauer zu entwickeln und in ihre politischen Entscheidungen einfließen zu lassen.

Die genauen Maßnahmen und Strategien zur Anwendung des "Health in all Policies"-Ansatzes im Zusammenhang mit Tod, Sterben und Trauer sollten im Dialog mit Fachexperten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Betroffenen entwickelt werden. Nur durch eine ganzheitliche Betrachtung können wir sicherstellen, dass die

Bedürfnisse der Menschen in diesen sensiblen Lebensphasen angemessen berücksichtigt werden.

9. Hessen ist das erste Bundesland, das den Sterbeort bei der Leichenschau erfasst. Bislang werden diese Daten (fast) nicht ausgewertet um z. B. Fragen nach der Versorgungsqualität zu beantworten. Plant Ihre Partei hierfür ein Sterbeortregister, wenn ja, was sind aus Ihrer Sicht die Fragen, die eine Antwort benötigen?

Grundsätzlich unterstützen wir die Idee das Sterben in Hessen wissenschaftlich aufzuarbeiten. Wir sehen dabei einige Frage besonders hervorgehoben, wie etwa die Verteilung der Sterbeorte oder Todesfälle in der häuslichen Versorgung im Vergleich zur stationären Versorgung. Ob ein Register dafür der richtige Weg ist, haben wir noch nicht final entschieden. Es ist wichtig, dass ein mögliches Sterbeortregister in enger Zusammenarbeit mit Fachexperten, medizinischen Fachgesellschaften, Hospiz- und Palliativeinrichtungen sowie weiteren relevanten Akteuren entwickelt wird. Nur so können die richtigen Fragen identifiziert und die gewonnenen Erkenntnisse sinnvoll genutzt werden, um die Versorgungsqualität und das Sterben in Würde kontinuierlich zu verbessern.

10. Das Land Hessen hat mehrfach kleinere Aufklärungskampagnen zu hospizlich-palliativen Themen finanziell unterstützt, die viel positive Aufmerksamkeit erzielen konnten. Plant Ihre Partei hier eine Intensivierung und Verstetigung der niederschweligen Aufklärung zu hospizlich-palliativen Themen, die auch unserer Sicht dringend notwendig ist, damit der Bürger eine wirkliche Entscheidungsfreiheit hat, wenn er sich zum „selbstbestimmten Sterben“ entscheiden will?

Ja, unsere Fraktion setzt sich für eine umfassende und niederschwellige Aufklärung zu hospizlich-palliativen Themen ein. Wir sind der Ansicht, dass es wichtig ist, dass Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Möglichkeiten am Ende des Lebens informiert sind und eine wirkliche Entscheidungsfreiheit haben, wenn es um das Thema "selbstbestimmtes Sterben" geht.

11. Mit der Einführung des § 132g SGB V Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase § 132g SGB V Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase ([sozialgesetzbuch-sgb.de](https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de)) hat der Gesetzgeber versucht die Versorgung von Bewohnern, in Pflegeeinrichtungen oder in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, am Lebensende näher an deren Wünschen zu gestalten. Leider ist die Umsetzung noch immer schleppend. Der allgewärtige Fachkräftemangel in der Pflege, lähmt die Umsetzung. Was plant Ihre Partei um hier Abhilfe zu schaffen?

Um dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich. Unsere Fraktion unterstützt die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs durch eine angemessene Vergütung, bessere Arbeitsbedingungen und

eine Stärkung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Hierbei ist es wichtig, eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen und der Politik zu fördern, um den Bedarf an qualifiziertem Personal decken zu können.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine verbesserte Personalschlüssel in Pflegeeinrichtungen ein, um die Arbeitsbelastung zu verringern und eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Dies kann dazu beitragen, dass Pflegekräfte ausreichend Zeit haben, sich intensiv mit den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der Bewohnerinnen und Bewohner auseinanderzusetzen und die gesundheitliche Versorgungsplanung umzusetzen.

Eine weitere Maßnahme zur Lösung des Fachkräftemangels besteht darin, verstärkt auf innovative Ansätze und Technologien in der Pflege zu setzen. Hierbei können digitale Lösungen, Telemedizin und Telepflege eine wichtige Rolle spielen, um die Versorgung zu verbessern und den Personalbedarf zu entlasten.